

Eine Zukunft auch für „Ältere“

Eine adäquate Einbindung von älteren Frauen in politische Prozesse und eine eigenständige Altersabsicherung waren die Forderungen der Tagung „Chancengleichheit älterer Frauen in Österreich“, die kürzlich in Wien stattfand.

„Es sollte sich eine Grundsatz- und nicht eine Anlass-Partizipation in der österreichischen Politik entwickeln“, urgierten Teilnehmer des Arbeitskreises „Partizipation älterer Frauen in Politik und Gesellschaft“ eine gleichberechtigte Beteiligung älterer Menschen bei Beschlüssen politischer Natur. Bereits die Europäische Konferenz „Chancengleichheit für ältere Frauen in Politik und Gesellschaft“ im Februar 2001 formulierte in einer abschließenden Resolution, das „Recht der Frauen jeden Alters auf chancengleiche Möglichkeiten der Teilhabe in Politik und Gesellschaft und ihr Recht auf eine Stimme in politischen Prozessen der Entscheidungsfindung auf allen behördlichen und Verfahrensebenen“. Als Manko wurden auch fehlende Daten - vor allem qualitativer Natur - zum Thema identifiziert, die öffentlich bekannt und verfügbar sind. Das müsse raschest möglich ausgemerzt werden, hieß es bei der Tagung.

Ein Spannungsfeld erkennt auch Charlotte Strümpel vom Co-Veranstalter Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung in der Diskussion über Defizite (Krankheit, Tod des Lebenspartners, finanzielle Engpässe etc) und gleichzeitig brachliegender Ressourcen älterer Frauen. Hier müsse in der Politik ein Gleichgewicht gefunden werden und nicht die eine Perspektive die andere völlig in den Hintergrund drängen. Dies gelte aber nicht nur für die Politik, sondern auch für jeden Einzelnen und Organisationen, die Betroffene vertreten. Dazu gehöre auch, Maßnahmen schon während des Lebensverlaufs der Frauen zu schaffen und nicht erst für ältere Jahrgänge. Dies bedinge unter anderem, dass die Unabhängigkeit von Frauen verstärkt gefördert werde, war ein weiterer Schluss der Tagung. Aber für Maßnahmen speziell für ältere Frauen sei es „nie zu spät“.

Frauen tun sich auch immer schwerer, den Ansprüchen der modernen Wohlstandswelt und dem permanent transportierten Image einer jungen, fiten, aktiven Gesellschaft gerecht zu werden. So müsse es in Zukunft selbstverständlich sein, das „Alter“ zeigen zu können und dadurch bedingte Einschränkungen anzuerkennen. Es müssten daher neben einer allgemeinen Seniorenpolitik auch die spezifischen Belange älterer Frauen berücksichtigt werden, konnte man von Tagungsteilnehmern hören. Verstärkt hinterfragen müsse man zukünftig die Rolle von Senioren- und Frauenorganisationen und deren Rolle als Berater und „Player“ in der heimischen Politik.

Existenzsicherung im Alter

Für eine unabhängige Alterssicherung für Frauen hat sich Generationenminister Herbert Haupt (F) in seinem Eröffnungsreferat der Tagung ausgesprochen.



Haupt betonte, er wolle sich „mit Nachdruck“ dafür einsetzen, dass Frauen, die sich der Kindererziehung oder der Pflege älterer Angehöriger widmen, das Recht auf eine eigene Pension bekommen. Der berufstätige Partner soll künftig seine Ansprüche mit seiner Partnerin teilen. Derzeit seien 40 Prozent der Frauen ab 60 Jahren ohne Eigenpension. Zudem sollen politische und gesellschaftliche Teilhabechancen älterer Frauen verbessert werden.

Ein weiterer wichtiger und verbesserungswürdiger Punkt sei der gleichberechtigte Zugang älterer Frauen zur Bildung, so Haupt. In diesem Zusammenhang kritisierte er, dass es keinerlei Unterstützung in Form von Studienbeihilfe für die „erfolgreichen Seniorenschülerinnen“ gebe: „Denn die Trennlinien der Zukunft liegen nicht zwischen Alt und Jung, sondern zwischen Wissen und Nichtwissen“. Ältere Frauen seien im Vergleich zu ihren jüngeren Geschlechtsgenossinnen und gleichaltrigen Männern in vielen Bereichen benachteiligt. Nachteile im Bildungsbereich, ein höheres Armutsrisiko auf Grund des geringeren Verdienste im Erwerbsleben, größere Arbeitsbelastung durch - meist unentgeltliche - Arbeit in der Familie, sowie geringere Beteiligung an Entscheidungsprozessen.

Als „fixe Idee“ bezeichnete die SPÖ-Bundesfrauenvorsitzende Barbara Prammer die Forderung nach „Pensionsteilung“. Der Schwerpunkt der Alterssicherung müsse auf die Förderung der eigenständigen Berufstätigkeit der Frauen gelegt werden, diese

INFORMATIONEN

Informationen dazu und zu ähnlichen Themen unter <http://www.euro.centre.org>

HINTERGRUND

Die Ergebnisse der Tagung, die vom Sozialministerium in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung durchgeführt wurde, fließen in die im April stattfindende Welt-Alterskonferenz in Madrid, in die Arbeit der Economic Commission for Europe (ECE) zur Entwicklung eines Maßnahmenplans für mehr Chancengleichheit in Europa sowie in den österreichischen Seniorenplan ein.

Fortsetzung zu Seite 7

Einschätzung teilten auch die Mehrheit der ExpertInnen, so Prammer. „Ein Abhängigmachen der Frau von der Pensionshöhe des Mannes würde diese erst recht wieder von ihrem Mann abhängig machen“, so Prammer. Der Sozialminister solle sich endlich damit abfinden, dass die Frauenberufstätigkeit „nicht verwerfliche Selbstverwirklichung ist, die Frauen daran hindert, die Geburtenrate zu steigern“, so Prammer.

„Absicherungs“-Optionen, die bei der Tagung diskutiert wurden, waren auch die bessere Anrechnung von Kindererziehungszeiten und Pflegearbeit, Mindestsicherung wie zum Beispiel eine Grundpension oder auch die Kombination von Modellen. Eine Grundpension wie in vielen anderen europäischen

Staaten scheine derzeit politisch nicht opportun, hört man derzeit aus verschiedenen Organisationen. Insgesamt sollten Kindererziehungs- und Pflegezeiten - auch für Männer - höher bewertet werden. Für eine verbesserte eigenständige Absicherung von Frauen würde auch sprechen, dass dadurch weniger Witwenpensionen notwendig wären. Als Gefahr wurde aber geortet, dass bei einer zu frühen Abschaffung der Witwenpensionen eine Lücke entstehen könnte. Für die eigenständige Absicherung seien bereits einige „praktikable“ (Kombinations)-Modelle ausgearbeitet worden, bestätigte das Europäische Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung.

Als konkrete Aktivitäten soll es in absehbarer Zeit eine Nachfolgekongferenz geben. Weiters sprachen sich die Tagungsteilnehmer für ein EU-Jahr zum Thema „ältere Generationen“ aus. (moe)